

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Herbert Schneiders (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

### Künftige Personalförderung im Bereich der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

Die **Kleine Anfrage 358** vom 14. Oktober 2011 hat folgenden Wortlaut:

In der Beantwortung der Großen Anfrage „Angekündigte Schließung von Gerichtsstandorten“ hat die Landesregierung mitgeteilt, dass für die in Mainz tätigen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei einem nahezu gleichen Anfahrtsweg nach Zweibrücken auch Ersatzerprobungsmöglichkeiten in Mainz zur Verfügung stehen (Drucksache 16/218, Antwort auf Frage VII. 3).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Handelt es sich bei den genannten „Ersatzerprobungsmöglichkeiten“ um das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz?
2. Wenn ja: Ist geplant, künftig systematisch die Erprobung im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durchzuführen?
3. Wenn nein: Welche anderen Ersatzerprobungsmöglichkeiten sind gemeint?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. November 2011 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte können sich beim Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erproben lassen. Darauf sind die Erprobungsmöglichkeiten aber nicht beschränkt. Zu berücksichtigen sind nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz zur Stellenbesetzung und Abordnung vor einer Beförderung vom 25. Juni 1990 (JBl. S. 120; 2004 S. 261) auch Tätigkeiten in anderen juristischen Berufen.

Zu Frage 2:

Bereits jetzt können Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erprobt werden. Ob sich an der Art und Weise der Durchführung durch eine Zusammenlegung der Generalstaatsanwaltschaften etwas ändern würde, hängt von der konkreten Ausgestaltung der Maßnahme ab, die derzeit von einer unabhängigen Kommission geprüft wird. Planungen, künftig die Erprobungen systematisch im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durchzuführen, bestehen nicht.

Zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Jochen Hartloff  
Staatsminister

